

INTEGRATIONSBUREAU

Streng vertraulich

2520.1

Gespräch mit dem stellvertretenden Leiter des Policy planning board des amerikanischen Staatsdepartementes über die europäische Integration in Washington am 23. Juli 1963.

Mein Gesprächspartner vertritt vorbehaltlos die bekannte amerikanische Auffassung, dass das Nationalstaatentum in Europa historisch überholt sei und eine politische Einigung unvermeidlich erscheine, falls Europa weiterhin in der Weltpolitik eine Rolle spielen wolle. De Gaulle wird als Einzelpersönlichkeit betrachtet; sämtliche französischen Besucher in Washington (gemeint war wahrscheinlich vor allem Jean Monnet) bestätigten, dass die französische Nation integrationswillig sei ! Auch falle besonders auf, dass die Deutschen den Glauben an eine unabhängige Zukunft ihres Nationalstaates verloren hätten, und man müsse diese Einstellung benützen, um das ursprüngliche Integrationsziel, nämlich die Einverleibung Deutschlands in eine westeuropäische Gemeinschaft zu verwirklichen. Washington betrachtet nach wie vor Deutschland als die wichtigste und auch gefährlichste europäische Macht. Allerdings gibt man sich über den Einfluss Erhards auf die europäische Politik keinen Illusionen hin. Dagegen glaubt man, auf dem Wege einer multilateralen Nuklearmacht eine neue politische Einigungsformel gefunden zu haben, da weder Deutschland noch Italien auf die Dauer ein britisch-französisches Atommonopol dulden würden.

Mein Gesprächspartner erachtet den Beitritt Grossbritanniens, Dänemarks und Norwegens zur EWG nach wie vor als feststehend, wobei allerdings leise Zweifel an der europäischen Gesinnung der britischen Regierung geäußert werden. Grossbritannien werde aber einsehen müssen, dass es keinen andern Weg zur Aufrechterhaltung seiner weltpolitischen Rolle gebe.

Eine alternative Europa-Politik scheint es in Washington nicht zu geben. Die Vereinigten Staaten wollten jedoch ihre Formel den Europäern nicht aufzwingen, werden aber ihre Auffassung weiterhin unentwegt verfechten.

Dodis



- 2 -

Was die Schweiz anbetrifft, will man keine echten Schwierigkeiten sehen. Unsere wirtschaftliche Situation sei stark genug, um während einer gewissen Zwischenzeit Diskriminierungseffekte aufzufangen. Im übrigen werde nicht daran gezweifelt, dass die EWG zu einem handelspolitischen Arrangement mit den Neutralen Hand bieten werde, das die Neutralitätspolitik nicht tangieren würde. Die Lage der Schweiz als Drittstaat wird immer noch mit derjenigen der Vereinigten Staaten verglichen. Man will nicht erkennen, dass unsere Exportabhängigkeit nach dem Gemeinsamen Markt unvergleichlich grösser ist.

Das Gespräch hinterliess mir den Eindruck, dass man im brain-trust des Staatsdepartementes mit bezug auf Europa den Boden der Realitäten unter den Füssen verloren hat.

(Jolles)

Geht an:

Herren Bundesrat Wahlen
Bundesrat Schaffner
Botschafter Micheli
Botschafter Stopper
Minister Weitnauer

10.8.63.